

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

26. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 2. November 2023

(16:17 Uhr bis 23:42 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....	3
2. Mitteilungen der Stadtveordnetenvorsteherin	3
3. 24. Fragestunde.....	4
Frage Nr. 1945.....	4
Stadtverordnete Martina Düwel, GRÜNE:	4
Stadträtin Sylvia Weber:.....	4
Frage Nr. 1946	6
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:.....	6
Stadträtin Annette Rinn:	6
Frage Nr. 1947.....	8
Stadtverordnete Sylvia Kunze, SPD:.....	8
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:.....	8
Frage Nr. 1948.....	10
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	10
Stadträtin Stephanie Wüst:.....	10
Frage Nr. 1949.....	11
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	11
Stadtrat Prof. Dr. Marcus Gwechenberger:.....	11
Frage Nr. 1950.....	12
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	12
Oberbürgermeister Mike Josef:	12
Frage Nr. 1951.....	13
Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:	13
Stadträtin Stephanie Wüst:.....	13
Frage Nr. 1952.....	14
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	14
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....	15
Frage Nr. 1953.....	15
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	15
Stadtrat Prof. Dr. Marcus Gwechenberger:.....	15
Stadträtin Sylvia Weber:.....	16
Frage Nr. 1954.....	16
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	17
Oberbürgermeister Mike Josef:	17
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1945	18
Stadtverordnete Martina Düwel, GRÜNE:	18
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:	19
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	20
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	20
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	21
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....	21

Stadtv. Martin-Benedikt Schäfer - CDU -
 Der unbeschreibbar brutale antisemitische Terror hat die Welt erschüttert. Ihm fielen mehr als 1.400 Menschen zum Opfer und Tausende wurden verletzt. Im Anschluss daran kam es auch in zahlreichen deutschen Städten zu antisemitischen Solidarisierungsausserungen mit der Hamas und ihren Taten. Der demokratische Rechtsstaat darf dies nicht dulden und muss mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sicherstellen, dass jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbunden wird.
 Ich frage den Magistrat: Wie viele Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Festnahmen gab es in diesem Zusammenhang in Frankfurt beziehungsweise wie viele Strafverfahren wurden wegen welcher Straftatbestände eingeleitet?

zung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen.

Zu den genannten Vorfällen konnten insgesamt 22 Beschuldigte ermittelt werden, demnach kam es zu 22 Festnahmen.

Bei der Bewertung der Daten ist zu beachten, dass sie lediglich eine Momentaufnahme der von der hessischen Polizei feststellbaren strafrechtlich relevanten Kriminalität darstellt.“

Zu Ordnungswidrigkeitenverfahren hat die Polizei in 310 Fällen Personalien festgestellt von Menschen, für die der Anfangsverdacht eines ordnungswidrigen Verstoßes gegen das Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz besteht.

In der Nacht zum Sonntag wurde die israelische Flagge am Römer von der Fahnenstange gerissen und entwendet. Laut Zeugenaussagen sei eine Gruppe von Menschen beteiligt gewesen, die die Fahne verunglimpft hätten, indem sie auf ihr herumgetrampelt seien. Wie heute der Presse zu entnehmen war, wurde die Fassade des Hochbunkers in der Friedberger Anlage, wo vor 1938 die größte Synagoge Frankfurts stand, mit antiisraelischen Parolen beschmiert. In beiden Fällen ermittelt die Kriminalpolizei. Der Magistrat verurteilt diese Taten aufs Schärfste und wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, solche Vorkommnisse zu verhindern.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Es gibt eine Zusatzfrage vom Fragesteller. Herr Schäfer, bitte!

**Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer,
CDU:**
(Zusatzfrage)

Vielen Dank für die Ausführungen! Eine kurze Anmerkung: Es ist erschreckend, was in diesem Zusammenhang alles hier in Frankfurt passiert.

Heute gab es ein bundesweites Verbot beziehungsweise Betätigungsverbot gegenüber der radikalislamischen Terrororganisation Hamas und entsprechend auch gegenüber palästinensischen Netzwerken. Wissen Sie

oder haben Sie Erkenntnisse, dass diese Organisationen und Netzwerke auch hier in Frankfurt aktiv sind, oder gibt es hier Vereine oder Netzwerke, die ähnliche Bestrebungen haben?

Stadträtin Annette Rinn:
(fortfahrend)

Nein, das weiß ich nicht, das wird sicherlich von der Landespolizei beobachtet. Das sind Ermittlungen, über die wir nicht direkt informiert werden, es sei denn, es ergeben sich Erkenntnisse, die für uns relevant sind. Die Frage wurde ja auch im Ausschuss gestellt, und wir bleiben da auf jeden Fall dran.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Eine zweite Zusatzfrage kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ELF:**
(Zusatzfrage)

Sie haben eine Menge Straftatbestände dargestellt. Entweder ich habe es überhört oder es fehlte: Ich bin nicht unbedingt für ein Verbot von Demonstrationen, aber ich bin unbedingt für eine Verfolgung von Parolen wie „Palestine must be free from the river to the sea“, was die Vernichtung von Israel bedeutet. Das ist Volksverhetzung nach dem Strafgesetzbuch. Dazu haben Sie, glaube ich, nichts gesagt. Ich war selbst auf diesen Demonstrationen und habe es ungefähr 50 bis 80 Mal aus unglaublich vielen Ecken gehört. Mir fehlt, dass da klar geredet und klar gehandelt wird. Das Verbot aller Demonstrationen von Palästinensern, wo auch friedliebende Menschen dabei sind, hilft da nicht, sondern das Entscheidende ist, dass man gegen die vorgeht, die diese Stimmung anheizen. Da würde mich interessieren: Haben Sie dazu Unterlagen?

Stadträtin Annette Rinn:
(fortfahrend)

Vielleicht habe ich genuschelt, aber das Wort „Volksverhetzung“ kam vor, das war an zweiter Stelle hinter „Beleidigung“. Dieser Spruch würde sicherlich unter Volksverhetzung zählen, das ist vollkommen richtig, aber Zahlen

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1946	→ Stadtv. Martin-Benedikt Schäfer - CDU -	. 22
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU: 22
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	Der unbeschreibbar brutale	. 23
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	antisemitische Terror hat die Welt	. 24
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	erschüttert. Ihm fielen mehr als 1.400	. 25
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	Menschen zum Opfer und Tausende	. 26
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	wurden verletzt. Im Anschluss daran kam	. 27
	es auch in zahlreichen deutschen	
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1947	Städten zu antisemitischen	. 27
Stadtverordnete Sylvia Kunze, SPD:	Solidarisierungsaussagen mit der	. 27
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:	Hamas und ihren Taten. Der	. 28
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	demokratische Rechtsstaat darf dies	. 29
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	nicht dulden und muss mit allen ihm zur	. 30
	Verfügung stehenden Mitteln	
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1948	sicherstellen, dass jede Form	. 31
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	antisemitischer Gewaltverherrlichung	. 31
	unterbunden wird.	
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1949	Ich frage den Magistrat:	. 32
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	Wie viele Straftaten,	. 32
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	Ordnungswidrigkeiten und Festnahmen	. 33
	gab es in diesem Zusammenhang in	
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1950	Frankfurt beziehungsweise wie viele	. 33
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	Strafverfahren wurden wegen welcher	. 33
Oberbürgermeister Mike Josef:	Straftatbestände eingeleitet?	. 34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1953 35
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG: 35
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1954 36
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei: 36
4. Verabschiedung der Tagesordnung II 37
5.1 Wahl eines Mitgliedes für die Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain gemäß § 11 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG) vom 08.03.2011 (GVBl. I S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.08.2018 (GVBl. S. 387).....		. 37
5.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain gemäß § 11 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG) vom 08.03.2011 (GVBl. I S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.08.2018 (GVBl. S. 387).....		. 37
Stadtrat Prof. Dr. Marcus Gwechenberger:.....		. 37
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:.....		. 38

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend!

Ich möchte hier jetzt nichts Grundsätzliches sagen, da es nachher die Debatte gibt. Da hat man mehr Zeit und muss sich jetzt nicht verhaspeln.

Wenn man hier zugehört hat, dann waren alle gegen die Barbarei des Überfalls der Hamas. Gerade die CDU hat das entsprechend hier eingebracht. Umso widerlicher finde ich es, wenn eine deutsche Partei diesen Überfall für ihre Parteiwerbung ausnutzt. Es wirbt dieses CDU-Plakat: „CDU“ und dann: „in Gedenken an Shani Louk“. Ich finde das unsäglich.

(Beifall)

Es ist schlimm, was da passiert ist. So etwas sollte es nicht geben, wenn man es ernst meint. Ich unterstelle das jetzt nicht Ihnen allen. Ich kenne Herrn Becker und es ist mir völlig klar, dass das mit Sicherheit nicht die Position aller CDU-Mitglieder ist. Aber allein, dass so was in Deutschland verteilt wird, das dürfte es nicht geben.

Der entscheidende Punkt ist aber jetzt - mich dazu zu äußern, dazu hat mich noch einmal der Beitrag der AfD veranlasst -: Es wird hier auf den Palästinensern rumgehackt. Ich möchte diese Seite herausheben, weil wir sie in unserem Antrag nur ganz kurz erwähnt haben. Es gibt nicht „die“ Position der Palästinenser. Es gibt die Barbarischen, es gibt den Zivilisationsbruch von Hamas und es gibt Palästinenser, die das kritisieren und die dagegen sogar demonstriert haben, bevor die Hamas diesen Angriff gemacht hat. Das ist ganz wichtig festzuhalten, weil man sonst in eine Position abgleitet, wie sie Faschisten hier in Deutschland vertreten haben. Das Grundgesetz und die Menschenrechte gelten für solche Positionen nicht. Wir haben genau diese Position innerhalb der AfD, die heute hier schafshüfig ankommen und sagen: Ja, wir sind ja dafür und wir finden das alle schrecklich. Dann mäßigt erst mal euren Höcke, der nämlich unterscheidet zwischen minderwertigen und anderen Menschen.

Wenn etwas wichtig ist, wenn für Deutschland etwas wichtig ist, dann, dass man das

Grundgesetz ernst nimmt und alle Menschen gleich sind und es keinen Unterschied von Menschen gibt. Alle zivilen Opfer sind furchtbar und nicht nur das, was einem zupasskommt.

(Beifall)

Faschistische Positionen sind nicht kompatibel mit demokratischen Positionen, gerade auch in dieser Frage. Das wollte ich hier ganz klar noch einmal sagen.

Einen Punkt möchte ich noch vorziehen, weil Volt das so betont hat. Klar, da sind wir uns einig, jüdische Einrichtungen sind zu schützen. Aber ist es das? Es gibt nicht nur religiöse Juden. Es gibt jüdische säkulare Gruppen ...

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Herr Zieran, kommen Sie bitte zum Schluss.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Es gibt jüdisches Leben in diesem Land und das müssen wir schützen und da reichen nicht nur irgendwelche Polizeiwachen vor religiösen Einrichtungen. Ich werde nachher dazu noch mehr sagen können.

Danke!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Wir kommen zur dritten Aktuellen Stunde, angemeldet von der SPD-Fraktion, zur Frage Nr. 1947 zum Thema Gaza. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kunze. Bitte schön!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1947**Stadtverordnete Sylvia Kunze, SPD:**

Wir schließen thematisch nahezu nahtlos an. Ich würde aber versuchen, den Blick noch ein bisschen stärker auf das, was in Frankfurt passiert, zu richten. Viele Vorredner:innen

6. Mehr preiswerter Wohnraum bei der ABG.....	38
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 29.09.2023, NR 768	
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 11.10.2023, NR 775	
<u>hierzu:</u> Antrag der Gartenpartei vom 12.10.2023, NR 779	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 12.10.2023, NR 780	
Stadtverordneter Johannes Lauterwald, GRÜNE:	38
Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	41
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:	43
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	45
Stadtverordnete Susanne Serke, CDU:.....	46
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:	48
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	49
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	49
7. Kommunale Wärmeplanung in Frankfurt: zügig Ergebnisse liefern	50
Antrag der CDU vom 13.09.2023, NR 754	
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	50
Stadtverordneter David Edelmann, GRÜNE:.....	52
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:	54
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	56
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	57
8.1 Partnerstadt Tel Aviv angesichts des Krieges unterstützen	58
Antrag der CDU gemäß § 17 (3) GOS vom 11.10.2023, NR 778	
8.2 Resolution der Stadtverordnetenversammlung	
Terror verurteilen - gemeinsam für Menschlichkeit eintreten!.....	58
Antrag der BFF-BIG gemäß § 17 (3) GOS vom 25.10.2023, NR 787	
8.3 Terror der Hamas verurteilen - Antisemitismus bekämpfen - Jüdisches Leben	
in Frankfurt sichern	58
Antrag der LINKE. gemäß § 17 (3) GOS vom 01.11.2023, NR 791	
8.4 Solidarität mit Israel,	
Kampf gegen jede Form des Antisemitismus,	
für die Zukunft Israels.....	58
Antrag der ÖkoLinX-ELF gemäß § 17 (3) GOS vom 02.11.2023, NR 792	

dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 7. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Fraktion im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Ablehnung? (Geschieht) Enthaltung? (Geschieht) Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht angenommen wurde, somit wird die Vorlage NR 754 dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Ich schliesse den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 8.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Solidarität mit Israel, gegen jede Form des Antisemitismus, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 778 der CDU-Fraktion, NR 787 der BFF-BIG-Fraktion, NR 791 der LINKE.-Fraktion, NR 792 der Öko-LinX-ELF-Fraktion sowie NR 793 von GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und Volt sowie NR 794 von IBF. Die FDP-Fraktion hat als Erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Wortmeldungen gehen bereits ein. Als erster Redner hat Herr Oberbürgermeister Josef das Wort. Bitte!

Oberbürgermeister Mike Josef:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Stadtverordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Magistrats!

Es war mir ein persönlicher Wunsch, gerade nach den letzten Wochen, heute nochmal als Oberbürgermeister dieser Stadt das Wort zu ergreifen. Die unterschiedlichen Resolutionen, die Sie heute eingebracht haben, haben eine Botschaft. Ich finde diese Botschaft wichtig: Frankfurt steht an der Seite Israels. Frankfurt steht an der Seite unserer Partnerstadt Tel Aviv-Jaffa. Frankfurt steht vor

allem gegen jede Form von Antisemitismus. Ich finde es wichtig, gerade in unserer Stadt, dieses einvernehmliche Zeichen zu setzen, weil wir gerade in den letzten Wochen gesehen haben, dass der Antisemitismus aus allen Richtungen kommt. Deswegen ist diese Einigkeit wichtig und nicht selbstverständlich. Deswegen möchte ich mich an der Stelle ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken, dass das heute so einhellig gestellt wird. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Nach den Angriffen am 7. Oktober war es für mich eine Selbstverständlichkeit, meinen Kollegen Ron Huldai, den Bürgermeister von Tel Aviv-Jaffa, anzurufen, um ihm und seinen Landsleuten, dem israelischen Volk, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Partnerstadt Tel Aviv im Namen der Stadt Frankfurt mein tiefes Beileid auszusprechen und ihm unsere Solidarität zu versichern, auch damals schon vor dem Hintergrund, dass es sicherlich nicht einfacher wird.

In unserem heutigen Telefonat habe ich gesagt, dass es heute eine Resolution im Parlament gibt, dass das Frankfurter Stadtparlament an der Seite Israels, an der Seite von Tel Aviv, steht. Er hat mich gebeten, für die heutige Sitzung mitzunehmen, die Opfer und die Geiseln des 7. Oktober bitte nicht zu vergessen. Er dankte unserer Stadt - auch das möchte ich hier weitergeben - für die klare Haltung und für die Solidarität. Wir haben vereinbart, dass wir gemeinsam prüfen, wie wir im Rahmen der Partnerschaft unserer beiden Städte Unterstützung leisten können für unsere Partnerstadt Tel Aviv-Jaffa. Die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv, die inzwischen seit über 40 Jahren besteht, verbindet die Menschen unserer beiden Städte in besonderer Weise. Auch darauf gehen Sie in den Resolutionen ein. Ich danke Ihnen für diese Würdigung!

Wir haben in den letzten Wochen die Bilder aus Frankfurt oder Berlin gesehen, wo Davidsterne auf Gebäude, in denen Jüdinnen und Juden leben, aufgezeichnet wurden, wo der Tag des Zorns von der Hamas ausgerufen worden ist, keine vier, fünf Tage nach diesen brutalen Terroranschlägen. Es wurde weltweit dazu aufgerufen, gegen jüdisches Leben, gegen Jüdinnen und Juden vorzuge-

8.5 Solidarisch an der Seite Israels - Schutz und Sicherheit für jüdische Menschen in Frankfurt.....	58
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt gemäß § 17 (3) GOS vom 01.11.2023, NR 793	
8.6 Aufklärung für lokale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bezüglich des Nahostkonfliktes.....	58
Antrag der IBF gemäß § 17 (3) GOS vom 02.11.2023, NR 794	
Oberbürgermeister Mike Josef:	58
Stadtverordneter Nathaniel Ritter, FDP:	61
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	62
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	64
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	66
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:.....	68
Oberbürgermeister Mike Josef:	70
Stadtverordnete Claudia Korenke, CDU:.....	73
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:	74
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	76
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	78
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	78
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	80
Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:	81
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	81
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	83
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	84
9. Rechtsverordnung für eine Waffenverbotszone im Bahnhofsviertel.....	86
Antrag der CDU vom 02.10.2023, NR 772	
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:.....	86
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	86
10. Mit Nazis spricht man nicht	86
Antrag der FRAKTION vom 20.09.2023, NR 764	
Stadtverordnete Pearl Hahn, FRAKTION:	87
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	88
Stadtverordneter Falko Görres, FRAKTION:	89
Stadtverordnete Mirriane Mahn, GRÜNE:	90
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION:.....	92
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	94
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	95
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	97
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	98
Stadtverordnete Pearl Hahn, FRAKTION:	100
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	101
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	102
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	102

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Es spricht jetzt Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Ich möchte erst einmal von unserer Grundsatzzposition ausgehen. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war erstens kein spontaner Pogrom, sondern eine über längere Zeit vorbereitete planvolle Militäraktion der Hamas gegen Israel durch Angriffe vom Meer, vom Boden und aus der Luft. Ihr Ziel war nicht die Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenser:innen, sondern ein Schritt hin zur Auslöschung des Staates Israel und der Vertreibung aller Jüdinnen und Juden, wenn nicht ihrer Vernichtung. Das ist die militärische Übersetzung der politischen Parole „Free Palestine from the River to the Sea“. Da gibt es keine unterschiedlichen Interpretationen. Diese Parole ist eindeutig, sie meint Vernichtung, denn der Staat Israel als jüdischer Staat soll verschwinden.

Der Angriff war zweitens in seiner gegen Babys, Kinder, Frauen, Männer und alte Menschen gerichteten spezifischen barbarischen Grausamkeit des Folterns, Vergewaltigens, Köpfens, Verbrennens, Ermordens und Verschleppens eine Botschaft der eliminatorischen Vernichtungsabsicht. Das muss man ganz klar betonen. Da gibt es keine Relativierung, kein Aber und keinen relativierenden Kontext.

Diese Botschaft wurde in Israel sofort verstanden. Jüdinnen und Juden haben darin 2.000 Jahre Erfahrung. Wir stehen in Verantwortung für die deutsche Geschichte dieser Botschaft und stehen zuverlässig an Israels Seite. Der Schutz aller Jüdinnen und Juden und der Existenz Israels ist für uns die zentrale Lektion aus der Shoah, aus dem Zivilisationsbruch des industriell geplanten

und durchgeführten Massenmords Deutschlands an Jüdinnen und Juden. Es ist eine Lehre für die gesamte Gesellschaft angesichts der weltweit anwachsenden antizionistischen, antisemitischen Pogromstimmung, die es zu unserem Entsetzen auch in Teilen der internationalen und der deutschen Linken gibt.

Ich möchte hier noch einmal betonen: Wer hier auf optimistisch macht und aufzählt, was es an Dialogen und pädagogischen Sachen an irgendwelchen Unis gibt - die Hauptrichtung ist eine ganz andere: Wir haben eine Explosion des Antisemitismus. Wir haben eine Explosion der Angriffe, und zwar auch der körperlichen Angriffe, im Zentrum Berlins, aber auch im Ruhrgebiet. Dem muss man sich stellen und darf hier nicht auf Zweckoptimismus machen. Deshalb geht es auch nicht allein um den Schutz jüdischer Einrichtungen, es geht um den Schutz jüdischen Lebens, wo auch immer. Das bedeutet, Schutz kann nicht allein durch Polizei vor jüdischen Einrichtungen gewährleistet werden, sondern die Zivilgesellschaft Deutschlands muss aktiv werden. Darauf müssen wir hinarbeiten. Wenn nicht alle aktiv werden, wird es den Schutz von Jüdinnen und Juden nicht geben.

(Beifall)

Wir lehnen jedweden Antisemitismus ab, ich habe es schon gesagt, egal ob von Nazis, Rechtsradikalen, religiösen Fundamentalisten oder aus der bürgerlichen Mitte. Das sollten wir nicht vergessen: Es geht hier nicht um ein Muslim-Bashing, sondern es geht um den Antisemitismus, von wem auch immer und in welcher Form auch immer. Wir maßen uns nicht an, Israel Vorschläge oder gar Vorschriften für seinen weiteren Weg zu machen. Wir halten die Zweistaatenlösung für die Nach-Hamas-Ära immer noch für die brauchbarste Lösung, aber das bleibt die Entscheidung Israels.

Neben dem militärischen und politischen Sieg über die Hamas gibt es auch in der israelischen Gesellschaft seit Jahren Verwerfungen, die zu klären sind und die mit darüber entscheiden, ob Israel eine sichere und demokratische Zukunft vor sich hat. Zu diesen Verwerfungen sind neue Konflikte hinzugekommen, nachdem sich gezeigt hat - und das

muss man auch klar und deutlich sagen -, dass die rechtsextreme Regierung Netanjahu nicht nur eine aggressive, religiös aufgeladene Siedlungspolitik in der Westbank vorantreibt und auch deshalb nicht in der Lage war, die Grenze Israels zu Gaza zu schützen und den Massenmord an israelischen Zivilist:innen zu verhindern. Es ist zu befürchten, dass durch diese Regierung diese Schmach durch überbordende Angriffe auf Gaza ausgeglichen werden könnte, die über die notwendige Niederwerfung der Hamas und ihrer Infrastruktur in Nahost hinausgehen. Unsere Empathie gilt selbstverständlich auch allen zivilen palästinensischen Opfern dieses Krieges, den die Hamas zu verantworten hat.

Praktischer Ausdruck unserer Solidarität mit dem einzigen jüdischen Staat der Welt sind sofortige finanzielle Hilfen für unsere Partnerstadt Tel Aviv oder auch weitergehende Maßnahmen. Dort sind Menschen vom Raketenbeschuss aus Gaza betroffen und dorthin sind Überlebende des Hamas-Massakers in Südisrael geflohen. Kaum jemand redet noch von den täglichen Raketenangriffen auf Israel. Auch die sind Teil der Gewalt. Auch hier in Deutschland wird in den Medien zu wenig über diese Seite gesprochen. Wer auf die Bedrohung Israels und von Jüdinnen und Juden in Deutschland mit Rassismus gegen Palästinenser:innen als Kollektiv, Geflüchtete, Migrant:innen, schwarze Menschen oder People of Color reagiert, hat nichts verstanden und macht die Lage für alle Menschen, auch für die Jüdinnen und Juden, nur noch bedrohlicher.

Wie wir uns verhalten, das ist ein wichtiger Punkt in Deutschland, auch im Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft. Die Instrumentalisierung des Antisemitismus zu rassistischen Zwecken widert uns an. Antisemitismus lässt sich nicht abschieben, dafür ist er zu deutsch. Das heißt, wir lehnen die Verschärfung der Abschiebungspolitik durch alle Regierungsparteien ab.

(Beifall)

Wir wollen, dass sich Frankfurt darauf vorbereitet, Angebote zur verbesserten Zusammenarbeit auf ziviler Ebene zu machen. Frankfurt sollte zu einer Stadt werden, in der Räume geschaffen werden, wo Israelis und Palästinenser:innen, die an einem friedlichen

Zusammenleben interessiert sind, sich angstfrei mit dem Thema auseinandersetzen und sich austauschen können. Mit Vereinen, Organisationen oder Personen, die das Massaker vom 07.10. bejubeln, rechtfertigen oder relativieren, gibt es keine Zusammenarbeit. Am Israel Chai! Lang, lebe Israel! Das ist unsere Grundsatzposition.

(Beifall)

Ich möchte zur Debatte noch sagen: Man muss sich dessen bewusst sein, dass wir das Problem, gerade nach der deutschen Geschichte, nur in den Griff kriegen, wenn es uns gelingt, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren, und nicht dadurch, dass wir immer mehr Polizei irgendwo hinstellen; das muss sein, als Übergang, aber das kann nicht die Perspektive sein. Wenn uns das nicht gelingt, haben wir verloren. Es geht dabei nicht nur um das Problem der Jüdinnen und Juden, es geht um Rassismus und Fremdenhass und es geht noch einmal sehr potenziert um das besondere Problem des Antisemitismus. Nur die Zivilgesellschaft kann das lösen. Wir müssen den Dialog fördern. Wir müssen die Auseinandersetzung fördern und wir müssen eine klare Ausgrenzung derjenigen betreiben, die Hassbotschaften versenden und die Menschen und Staaten vernichten wollen. Wenn das nicht geschieht, diese Zwei-Seiten-Logik, wenn wir das nicht erreichen, dann werden wir scheitern. Dazu gehört auch eine ehrliche Rhetorik.

Man kann hier immer wieder betonen, „wir alle“ und „wir in Frankfurt“ sind gegen Antisemitismus. Aber so ist es nicht. Es sind nicht alle in Frankfurt gegen Antisemitismus. Es gibt eine brutale Fraktion, die Antisemitismus vorantreibt. Das sind nicht nur diese palästinensischen Organisationen, die jetzt auf der Straße waren, die zitiert werden, das sind auch Faschisten, das sind auch andere Desorientierte, Querdenker und so weiter. Wir müssen uns auch um die kümmern. Es hat keinen Sinn, abstrakte Floskeln zu formulieren wie „Wir alle müssen zusammenhalten“. Nein, diejenigen, die die Demokratie wollen, die den Schutz der Menschenrechte wollen, die die Menschenwürde schützen wollen, die müssen zusammenhalten gegen die, die in dieser Gesellschaft Hass verbreiten und zur Hegemonie des Ganzen machen wollen. Das müssen wir schaffen.

(Beifall)

Wenn wir das nicht schaffen, dann haben wir verloren.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Es spricht jetzt Herr Haluk Yildiz von BFF-BIG. Bitte schön!

Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:

Sehr geehrter Vorsitzender,
verehrte Damen und Herren!

Ich finde es sehr bedauerlich, dass unsere Resolution „Terror verurteilen - gemeinsam für Menschlichkeit einstehen“ von der Mehrheit dieses Parlaments abgelehnt wurde. Das zeigt uns, dass es einigen Parteien hier nicht wirklich um das Thema geht, sondern um Profilierung der eigenen Ideologie. Das finde ich übrigens sehr traurig, Herr Ritter. Ich habe Ihre Rede gehört. Ich musste kurz raus. Sie haben unterstellt, dass diese Demonstration irgendwie nicht im Namen des Friedens war. Das Plakat wurde bundesweit verteilt, da steht „Kundgebung für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten“. Ich war einer der Gastredner, eingeladen von der Palästinensischen Gemeinde Hessen. Diese Veranstaltung hat circa drei Stunden gedauert. Es waren um die 1.500 Menschen vor Ort. Die Presse hat ausgiebig berichtet, auch meinen Namen erwähnt und durchweg positive Sachen erwähnt. Der Einsatzleiter hat sich sogar persönlich bedankt und meinte, das sei eine der friedlichsten Kundgebungen gewesen - es war keine Demonstration. Frankfurt hat gezeigt, dass es geht. Es waren dort überwiegend Palästinenser und friedliebende Menschen, die aus Frankfurt stammen. Deswegen muss ich Ihre Anschuldigungen hiermit zurückweisen.

(Beifall)

Wie aus unserer Resolution hervorgeht, darf das Existenzrecht Israels nicht infrage gestellt werden. Wir wären aber nicht aufrichtig und ehrlich, wenn wir nicht gleichermaßen das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennen würden. Diesbezüglich möchte ich auf die Resolution 77/208 der UN-Generalversammlung vom 15.12.2022 verweisen.

Wir machen keinen Unterschied zwischen den Opfern. Es gibt keine zwei Klassen von Opfern. Wir sagen nicht, Palästinenser sind weniger wert als Juden oder Israelis oder umgekehrt, sondern wir sagen, es sind dort Menschen gestorben. Wir wollen das auch beziffern. Die terroristischen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei welchen rund 1.400 israelische Todesopfer und mehr als 5.400 Verletzte in Israel verzeichnet wurden, darunter unzählige unschuldige Zivilisten, sind durch nichts zu rechtfertigen und werden von uns in aller Schärfe verurteilt. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern das ist auch die überwiegende Meinung der Frankfurter Muslime, die in dieser Stadt leben. Viele haben diesen Terrorangriff verurteilt. Viele haben Pressemitteilungen herausgegeben. Viele islamische Organisationen haben sich positioniert, obwohl das kein Religionskrieg ist. Es ist eine politische Auseinandersetzung seit 75 Jahren und es ist auch keine antisemitische Auseinandersetzung.

Ich möchte hier eine Begrifflichkeit klarstellen. Ich persönlich habe türkische Vorfahren und mütterlicherseits arabische Vorfahren, die irgendwann im Mittelalter in den Iran ausgewandert sind, das heißt, ein Teil kommt aus dem Iran. Ich bin Muslim und der Islam ist eine semitische Religion. Der Koran hat eine semitische Sprache, so wie die Sprache der Thora, so wie die ursprüngliche Sprache der Bibel.

Der Antisemitismus war niemals ein islamisches Problem, zumindest nicht bis 1948 respektive 1967. Der Antisemitismus war immer ein westliches Problem, immer ein europäisches Problem. Ich will Sie geschichtlich nur an Folgendes erinnern - unsere jüdischen Freunde wissen das sehr gut -: Als Palästina im 7. Jahrhundert von den Arabern erobert wurde, haben Christen, Muslime und Juden über 1.200 Jahre friedlich miteinander gelebt. Dann wurde Palästina 1517 von den

dieses Thema diskutieren: „It means a lot for us, it means the world for us.“

Deswegen danke für diese Debatte an diesem heutigen Abend!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Es gibt eine zweite Wortmeldung von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Drei Dinge lassen mir keine Ruhe: Erstens, wenn hier von rechts außen über Geschichte geredet wird, dann sollte man seine Geschichte kennen und keine Geschichtsrelativierung betreiben. Der erste Pogrom in der muslimischen Geschichte hängt mit Mekka und Medina zusammen, das war nämlich Mohammed selbst, der die Juden vertrieben und auch getötet hat. Das sollte man wissen und nicht sagen, dass der Westen schuld ist. Es hat im Westen - ich sage es vereinfacht - Gute gegeben, es hat andere gegeben, aber es hat eine aggressive Haltung gegenüber den Juden leider in jeder Kultur weltweit gegeben.

(Beifall)

Da darf man sich nichts vormachen, das ist ein weltweites Problem. Das ist das Eine.

Das Zweite - und da kann ich wirklich ausflippen und muss mich da wirklich in diesem Rahmen zusammenreißen -: Wenn jemand in diesem Moment - und ich bin wirklich kein Bellizist - nach dem Massaker an 1.400 oder noch mehr Zivilisten von Feuerpause redet und das Selbstverteidigungsrecht von Israel relativiert, das ist so eine Schweinerei! Da möchte ich am liebsten handgreiflich werden. Das wollte ich noch einmal sagen.

(Zurufe)

Jaja, wir dürfen ja inzwischen „rechtsradikal“ zu Ihnen sagen, das ist ganz gut.

(Beifall)

Wenn wir auch sonst nichts dazu sagen dürfen.

Zu dem anderen, und das ist mir noch wichtiger: Ich kann verstehen, dass man Angst hat, aber wenn wir in den U-Bahnen nicht über Israel reden, wenn wir schon in den U-Bahnen nicht in die Auseinandersetzung gehen, wie soll jemals ein Schutz für die jüdische Bevölkerung in Frankfurt realisiert werden? Das geht nur mit Zivilcourage, und natürlich kann man dabei auch mal eine Ohrfeige abkriegen oder sonst was, aber wenn man sich da nicht positioniert und den Alltagsopportunismus außen vor lässt, dann wird es nicht laufen. Jemand aus der Ecke dahinten oder auch von der CDU, ich weiß es nicht mehr, hat gesagt, dass es so nicht geht. Wir müssen raus, wir müssen die Leute ermuntern, darüber zu reden, und wir müssen zusätzlich angstfreie Räume schaffen. Wir müssen Diskursräume schaffen. Meinetwegen stehen am Eingang - auch wenn ich es hasse - Türsteher, die Gewaltbereite draußen halten, aber wir müssen den Dialog zwischen Palästinensern und jüdischen Menschen und auch anderen in solchen Räumen hinkriegen. Wir müssen jüdische Restaurants, multikulturelle Restaurants, wo alle zusammenkommen, schützen. Diese Kultur muss verbreitet werden, muss in Gang gesetzt werden, wie es von euch ja auch angesprochen wurde. Wenn das nicht läuft, dann werden wir scheitern. Die Angst muss man überwinden. Ich habe auch manchmal Angst in der Straßebahn, vor allem wenn ich in der Linie 11 unterwegs bin und da bestimmte Banden drin sind. Aber man muss sich überwinden und muss in dem Fall denjenigen, die überfallen werden, die Opfer werden, zur Seite stehen und gegen Täter vorgehen. Wenn man das nicht tut, dann ist das keine Bekämpfung des Antisemitismus.

Ich danke euch! Ich hoffe, es ist klar: Tragt es in die Stadt hinaus, dass wir in der Zivilgesellschaft nicht nur reden, sondern für die Freiheit kämpfen und dafür, sich zu bewegen und sich für die Freiheit in dieser Stadt Frankfurt zu äußern und gegen die Gewalttäter zu kämpfen, denn die müssen zurückgedrängt werden.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Das Wort hat jetzt Frau Arslaner von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte!

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe bereits im Totengedenken meine Meinung zu diesem Thema kundgetan. Ich möchte nur ganz kurz noch einen Aspekt einblenden. Während der Aktuellen Stunde und der Debatte sind Begriffe gefallen wie „eingewanderter Antisemitismus“. Ich denke nicht, dass wir jetzt hier darüber debattieren sollten, ob das rassistischer Antisemitismus ist oder linksverblendeter Antisemitismus oder eingewanderter Antisemitismus. Ich höre schon Muslim-Bashing heraus. Es ist wichtig, dass wir hier klar sprechen, Klartext reden, dass wir hier keinen Raum für Interpretationen lassen und keinen Raum für Missverständnisse geben, weil wir eine Verantwortung als gewählte Stadtverordnete, als Politiker:innen dieser fünftgrößten Stadt Deutschlands haben.

Es ist auch nicht die Zeit, um Ursachenforschung oder Geschichtsforschung zu betreiben. Es ist die Zeit nach dem Terror der Hamas gegen Israel, um Menschen zusammenzubringen, das wurde auch mehrfach gesagt. Ursula Busch hat auch gesagt, dass sie selbst im Gespräch ist, Claudia Korenke hat gesagt, sie ist im Gespräch mit verschiedenen Menschen und auch ich bin im Gespräch mit Imamen aus der muslimischen Gemeinde, die genau das vertreten, was wir hier mehrheitlich gesagt haben, dass es Terror ist, dass Hamas eine Terrororganisation ist und dass es durch nichts zu relativieren und mit nichts zu erklären ist. Mit diesen Menschen bin ich in den nächsten Tagen, auch mit Claudia Korenke unter anderem, noch mal im Gespräch, weil es wichtig ist, was hier

mehrfach gesagt wurde, dass wir zusammenkommen, uns austauschen.

Es gibt Menschen, die genauso denken wie wir, auch in der muslimischen Gemeinschaft, und die dürfen wir nicht ausschließen, die müssen wir explizit einbinden. Nur wenn wir das gemeinsam machen, dann schaffen wir auch etwas, aber die Verantwortung, hier an dieser Stelle zu reden, besteht darin, dass wir der muslimischen Gemeinschaft keinen Bären dienst erweisen, indem wir Dinge relativieren oder versuchen, diese irgendwie geschichtlich zu erklären. Das tut den Muslimen in dieser Stadt auch nicht gut, das wollen sie so auch nicht. Sie wollen genau, dass wir miteinander in den Dialog kommen und dass wir schauen, wie wir diese Probleme hier in unserer Stadt, vor unserer Haustür mit den Jüdinnen und Juden, mit den Palästinenser:innen, mit der muslimischen, jüdischen und christlichen Gemeinschaft zusammen lösen können. Da dürfen wir ihnen keinen Bären dienst erweisen, indem wir Räume für Interpretationen und Missverständnisse lassen, als ob die Muslime jetzt und wegen der Geschichte und wegen diesem und jenem nicht klar gegen Antisemitismus seien. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal sagen. Ich glaube, das war verständlich.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Die vorerst letzte Wortmeldung kommt von Herrn Yildiz, BFF-BIG. Bitte!

Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:

Herr Vorsitzender,
liebe Kollegen!

Gut, dass einige rausgehen, dann haben wir ein bisschen mehr Ruhe hier im Raum. Ich freue mich, dass diejenigen bleiben, die sich auch die Wahrheit anhören können. Jetzt ist der Herr Josef nicht da, der Oberbürgermeister, der hat vieles unterstellt - ach, da ist er ja, wunderbar, das freut mich, Sie kommen ge-

eindrückt hat, und ich habe Ihnen auch geantwortet. Sie haben gesagt: „Jeder kennt meinen Standpunkt und weiß, wer ich bin.“ Ich weiß es über die Presse, wir kennen uns nicht, aber ich kenne Ihren Standpunkt. Das ist gut. Sie haben gesagt: „Ich mache mir Sorgen um muslimische Jugendliche, dass wir sie vielleicht nicht abgeholt haben, dass diese Stimmung so ist, wie sie ist. Wir müssen alle an einem Strang ziehen, damit diese Situation eben nicht so bleibt, wie sie ist.“ Da habe ich Ihnen zugestimmt. Ich habe Ihnen auch gesagt, wir sind auf jeden Fall einverstanden mit dieser Forderung. Ich habe Ihnen auch gesagt, die Palästinensische Gemeinde in Hessen, mit der ich dann anschließend auch einen Termin hatte, hat gesagt, ja, wir sind bereit, auf die israelische Gemeinde hier und natürlich auch die Jüdische Gemeinde zuzugehen, aber wir brauchen natürlich Menschen, die das auch vermitteln. Wir brauchen Vermittler in der Gesellschaft, nicht Spalter, nicht Hetzer.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie dieses Angebot annehmen würden. Eine Forderung, was heißt Forderung, ein Wunsch der Palästinensischen Gemeinde Hessen ist, dass Frankfurt eine Städtepartnerschaft mit Betlehem eingeht, so wie mit Tel Aviv, wo auch viele palästinensische Muslime und Christen leben, und sie möchte natürlich eine trilaterale Begegnung zwischen den Städten Tel Aviv, Bethlehem und Frankfurt herstellen. Das ist der richtige Schritt in unserer Gesellschaft, etwas zu tun, nicht zu sagen, ja, wir wollen Friede, Freude, Eierkuchen, und dann keine Schritte zu unternehmen und andere dafür zu diskreditieren, weil sie eine andere Meinung haben, aber nicht die Sache selbst.

In der Sache sind wir uns doch alle einig, dass Hass auf wen auch immer, in dem Fall jetzt auf Juden, einfach nicht hinzunehmen ist. Deswegen fordern wir auch den Magistrat dazu auf, eine palästinensisch-israelische Friedensinitiative in Frankfurt zu initiieren, hierzu Gespräche mit Vertretern der Jüdischen sowie der Palästinensischen Gemeinde in unserer Stadt aufzunehmen. Im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt rufen wir alle Frankfurterinnen und Frankfurter, unabhängig von der Herkunft, Religion oder politischen und weltanschaulichen Überzeugung zur Besonnenheit sowie zu einem friedlichen und respektvollen Um-

gang miteinander auf. Kriege aus anderen Regionen, egal, wo diese stattfinden, dürfen uns nicht auseinanderdividieren und erst recht nicht auf unseren Straßen ausgetragen werden. Das war übrigens auch meine Rede vorletzten Samstag, dass ich gesagt habe, eine Kundgebung ist nur dann eine friedliche Kundgebung, wenn wir nicht gegen andere hetzen und wenn diese friedlich verläuft. Das war der Fall.

Alle Menschen guten Willens rufen wir dazu auf, den Dialog zu suchen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Spirale der Gewalt im Nahen Osten durchbrochen wird. Wir in Frankfurt können unseren Teil zur Menschlichkeit und Verständigung beitragen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Zieran. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Noch einmal, man kann das einfach nicht so stehen lassen, diese rechtsradikale Verlogenheit. Auf der einen Seite zu sagen, wir stehen zu dem Existenzrecht, und auf der anderen Seite in dieser Situation eine Feuerpause zu fordern. Das ist unglaublich. Damit wird das Existenzrecht von Israel ja infrage gestellt, weil man Hamas weiter dort Aktionen machen lassen will. Der Aktionsspielraum der Hamas muss jetzt kaputtgemacht werden, aber die zivilen Opfer müssen so gering wie möglich gehalten werden. Das ist völlig klar. Nur zu fordern, dass jetzt die israelische Armee sich zurückzieht, das ist eine Aufgabe des israelischen Staates, eine Aufgabe, eine Situation zu meistern, die vielleicht, wenn Hamas in ihrer, mit ihrer Struktur beseitigt wird, die Möglichkeit überhaupt erst eröffnet, dass man in Friedensverhandlungen eintritt, vielleicht in ein, zwei Jahren, dass man neu miteinander verhandeln kann, mit neuen Leuten, die nicht mehr diese Hetzparolen und diesen Hass von sich geben.

Ich weiß auch nicht, aber wir haben nun mal parlamentarische Freiheit, es ist wirklich für

mich sehr, sehr schwer, das zu ertragen, wenn so etwas Doppelzüngiges geäußert wird. Zur Verlogenheit, was er da gesagt hat, zur muslimischen Geschichte, das finde ich noch unglaublicher. Ich kenne mich sehr gut aus mit dieser muslimischen Geschichte und immer wieder dieses - ich übe auch viel Kritik an den USA und am Imperialismus - Westen-Bashing und auf der anderen Seite ist alles gut, auch das ist schon wieder eine Relativierung des Existenzrechtes von Israel, wenn ich da so rangehe. Das wollte ich hier noch einmal klar betonen. Da - mit der Ecke - gibt es die Einheit nicht, das ist nicht die Einheit aller Frankfurter zum Schutz von Juden und Jüdinnen, nicht mit BFF-BIG und auch nicht mit der AfD.

Danke!

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung von BFF-BIG. Herr Pfeiffer, bitte!

Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:

Herr Vorsteher,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Mir war von Anfang an klar, dass das eine schwierige Debatte werden würde. Ich möchte eins sagen - und Haluk Yildiz hat etwas Diesbezügliches zur Frau Korenke gesagt -, wir kennen uns nicht persönlich. Ich muss hier auch einmal ganz klar sagen, Sie kennen Herrn Yildiz nicht persönlich, Sie kennen mich nicht persönlich, Sie kennen auch meine Kollegin, die Frau Leineweber, nicht, aber ich kenne den Herrn Yildiz jetzt persönlich seit über zweieinhalb Jahren. Ich spreche hier als Fraktionsvorsitzender, aber auch als jemand, der den Herrn Yildiz als Menschen schätzen und kennengelernt hat. Ich möchte mich hier an dieser Stelle bedingungslos vor ihn stellen und ich habe ihm ...

(Zurufe)

Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ich habe ihm vor dieser Sitzung auch in der Frak-

tion gesagt, dass ich ihm vertraue. Ich möchte jetzt einmal auf eines hinweisen, und das war auch schon in unserer Resolution enthalten, die einzige Differenz, um die es hier anscheinend geht, so wie ich das jetzt herauskristallisiere, ist die Forderung nach einer Feuerpause und nach Friedensverhandlungen. Das scheint mir doch hier die Differenz zu sein.

(Zurufe)

Jetzt möchte ich noch eins sagen: Herr Yildiz hat eindeutig den Terror der Hamas verurteilt. Lesen Sie sich unsere Resolution durch. Die geht sogar über die UN-Resolution hinaus, das hat er auch gesagt und das ist richtig. Wenn hier nach Dialog gerufen wird und wenn auch gesagt wird, es müssen Taten folgen, wie soll denn dieser Dialog in der Stadtgesellschaft stattfinden, wenn er nicht mal hier in diesem Haus gelingt und wenn man nicht einmal unterschiedliche Standpunkte aushält? Sie kennen mich nicht. Ich bin, und wer mein Facebook-Profil sieht, weiß das, wirklich ein Freund Israels. Ich bin von 2007 bis Corona ungezählte Male in Israel gewesen. Ich habe dort Freunde, sowohl jüdische Israelis wie auch arabische Israelis, und mir zerreißt es die Seele, was da jetzt wieder passiert ist.

Aber auf der anderen Seite muss man - nicht „aber“, ja natürlich, es gibt kein „aber“, ich habe jetzt auch nicht von dem Terrorangriff gesprochen - auch das Leid ansprechen, und das ist ja auch hier dankenswerterweise von den meisten geschehen, da gibt es doch einen Konsens. Für mich als bekennenden Christen sind alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen und sie haben alle den gleichen Stellenwert. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied und ich weiß auch, dass Haluk Yildiz diesen Unterschied nicht macht. Was ich sagen möchte, und dann beende ich das auch, wenn wir hier in diesem Haus nicht in der Lage sind, emotionsfrei oder auch sachlich über die Dinge zu reden, und das scheint mir jetzt wirklich nur an dieser Forderung nach der Waffenruhe zu liegen, da muss ich sagen - ich persönlich bin auch Kriegsdienstverweigerer, ich habe den Kriegsdienst noch verweigert, da musste ich das noch schriftlich ausführlich begründen -, es war doch immer Konsens früher über die Parteien hinweg, dass man lieber - und das

8.5 Solidarisch an der Seite Israels - Schutz und Sicherheit für jüdische Menschen in Frankfurt.....	58
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt gemäß § 17 (3) GOS vom 01.11.2023, NR 793	
8.6 Aufklärung für lokale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bezüglich des Nahostkonfliktes.....	58
Antrag der IBF gemäß § 17 (3) GOS vom 02.11.2023, NR 794	
Oberbürgermeister Mike Josef:	58
Stadtverordneter Nathaniel Ritter, FDP:	61
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	62
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	64
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	66
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:.....	68
Oberbürgermeister Mike Josef:	70
Stadtverordnete Claudia Korenke, CDU:.....	73
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:	74
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	76
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	78
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	78
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	80
Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:	81
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	81
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	83
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	84
9. Rechtsverordnung für eine Waffenverbotszone im Bahnhofsviertel.....	86
Antrag der CDU vom 02.10.2023, NR 772	
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:	86
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	86
10. Mit Nazis spricht man nicht	86
Antrag der FRAKTION vom 20.09.2023, NR 764	
Stadtverordnete Pearl Hahn, FRAKTION:	87
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	88
Stadtverordneter Falko Görres, FRAKTION:	89
Stadtverordnete Mirriane Mahn, GRÜNE:	90
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION:.....	92
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	94
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	95
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	97
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	98
Stadtverordnete Pearl Hahn, FRAKTION:	100
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	101
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	102
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	102

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Herr Zieran, Sie haben eben den zweiten Ordnungsruf wegen des Begriffes, den Sie genannt haben, erhalten, beim dritten Mal verlassen Sie den Saal.

Herr Zieran hat das Wort. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Also zunächst noch einmal: Es gibt mehrere Urteile, es gibt auch Urteile, dass die AfD als rechtsextreme Partei benannt werden darf. Und dieses Recht der Meinungsfreiheit werde ich mir hier nicht nehmen lassen. So viel zu Punkt eins. Punkt zwei: Mirriane hat eine gute Rede gehalten, und trotzdem ist der Antrag nicht „scheiße“, wie ich aus ihrer Rede entnommen habe, sondern es gibt eine Dialektik zwischen beidem, und das hat Hannah Arendt sehr gut zum Ausdruck gebracht, als sie über die Banalität des Bösen geschrieben hat. Und genau darum geht es in diesem Fall, genauso, wie wir eben die Debatte über die Juden und die Jüdinnen geführt haben und festgestellt haben, dass Polizeischutz jetzt wichtig ist, uns aber nicht auf Dauer helfen wird. Auf Dauer hilft uns Zivilcourage, auf Dauer helfen uns der Kampf gegen und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in dieser Gesellschaft. Das beinhaltet auch den Bruch mit Umgangsformen wie den Höflichkeitsfloskeln. Und in der U-Bahn, dass man sich nicht zurückhält, wenn andere antisemitische oder sonstige Äußerungen machen. Viele haben ja Angst, dann etwas zu sagen, wie wir gerade festgestellt haben.

(Zurufe)

Jaja, ich komme dazu. Da habe ich gedacht, dass wir uns einig sind, dass der Inhalt zusammenhängt mit der Form. Und wenn ich in der Form verbindlich auftrete und keinen Bruch mache zu den Kräften, die menschenfeindlich sind, die Menschen in Untermenschen und in Normalos und was weiß ich für Unterteilungen Sie noch haben, einteilen, dann ist da etwas daneben.

(Zurufe)

Mirriane, ich hätte diesen Antrag nicht geschrieben. Aber dieser Antrag drückt die Seite aus, die wir jetzt gerade in Ostdeutschland, in Thüringen und in anderen Ländern sehen. Es sind zunächst die Umgangsformen, die sich ändern und die dazu führen, dass immer mehr Verbindungen zwischen CDU, AfD und anderen entstehen. Ich kann das in deiner Rede überhaupt nicht nachvollziehen. Ich kann nachvollziehen, dass du Böppler da rausnimmst und ihn verteidigst. Ich will ihn auch gar nicht reinnehmen. Bei aller Kritik, die ich habe, gehört er nicht in diese „Faschoecke“. Das ist völlig klar, da sind wir uns einig. Aber trotzdem muss es klar sein, dass, wenn man sagt, dass Faschismus keine Meinung ist, wenn man von der Banalität des Bösen spricht, man dann auch bereit sein muss, Umgangsformen anzugreifen.

Vielleicht findet man den Antrag nicht gut. Vielleicht mag man den Humor dieser Partei nicht, aber dann, finde ich, kann man einen eigenen Antrag machen, in dem man der Dialektik dieser Zivilgesellschaft und dem Umgang des Eingemeindens von Unmenschlichkeit, dem Eingemeinden von faschistischem Denken entgegentritt. Und natürlich interessiert mich jetzt nicht jeder Gruß oder so, aber wenn ich zusammen mit Rechten wie zum Beispiel Höcke eine Feier machen und mich mit ihm besaufen würde - das machen andere Leute, die bekannter sind -, dann gemünde ich ihn ein. Und dem müsst Ihr euch einfach stellen. Wenn man sagt, dass wir bei der Problematik des Antisemitismus klare Kante gegen den Opportunismus des Alltags zeigen müssen, dann muss ich das auch bei dieser Frage machen.

(Beifall)

Und nicht mit den eigenen Parteikollegen. Das ist doch überhaupt nicht der Punkt. Aber zusammen saufen oder feiern mit Rechtsaußenleuten, zusammen mit denen an einem Tisch sitzen, finde ich so widerlich, so ätzend. Das genau, liebe Volt, befördert draußen diese Parteien. Die rote Mauer muss auch genau gegen solche Verhaltensformen Bestand haben.

(Beifall)

Und wenn ihr das nicht umsetzt, wenn ihr immer nur Anträge ablehnt - gut, da sind wir uns völlig einig, das finde ich toll, dass ihr das macht -, dann reicht das alleine nicht, um die AfD zurückzudrängen, wie wir doch sehen. Das heißt, wir müssen auch im Alltag gegen die AfD kämpfen, genau wie gegen den Antisemitismus, und wenn man ein bisschen guten Willen hat und die Antragssteller nicht nur runtermachen will, dann hätte man diesen Kern der Wahrheit in dem Antrag erkennen können und hätte diesem Antrag zustimmen oder einen eigenen Antrag stellen können. Das hätte ich toll gefunden. Wenn du so einen Antrag machst, in den du beide Seiten mit reinnimmst, stimme ich sofort dafür.

(Zurufe)

Keine Angst, wir haben schon mehrere Anträge gemacht, dazu kommen wir auch noch. Das kommt, das kommt.

Also Leute, es haben schon viele über dieses Problem nachgedacht, und ich bin mir ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Manfred Zieran, du hast nur noch eine Minute Redezeit.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Ich muss zum Ende kommen, ja. Hannah Arendt hat mit Sicherheit keinen Heiligenschein. Sie hat auch rassistische Äußerungen von sich gegeben, und trotzdem hat sie sehr viele kluge Sachen gesagt. Und ich würde jedem empfehlen, gerade die „Banalität des Bösen“ zu lesen, dann weiß man auch hier im parlamentarischen Betrieb, dass man Abstand zur AfD und zur BFF halten muss. Ob man höflich ist und grüßt, da würde ich sagen, dass es eine Sache ist, die jeder selbst entscheiden muss. Aber die anderen Geschichten, dass man mit denen feiert, das geht zu weit. Und das hast du praktisch gesagt. Das hast du praktisch gutgeheißen; vielleicht, weil du Böppler verteidigen wolltest, das weiß ich nicht, aber das geht nicht.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste Redner ist Herr Dr. Kößler von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

Wir haben in unserer Fraktion vorher mehrfach darüber gesprochen, ob zu diesem Thema beziehungsweise zu diesem Antrag hier eine vernünftige Debatte zu erwarten ist. Die Meinungen waren geteilt. Ich stelle fest, dass beide Seiten irgendwie recht hatten: die, die gesagt haben, dass es so ablaufen wird, wie wir es jetzt hier zum Teil beobachten können, aber auch die anderen, die gesagt haben, dass wir zu diesem Thema nicht schweigen können und dazu auch ein paar Dinge klar feststellen und vielleicht auch richtigstellen müssen. Ich bin mir bis jetzt nicht schlüssig. Die FDP scheint zu sagen, dass das aus ihrer Sicht keine würdevolle Diskussion ist, wofür ich persönlich Sympathien habe. Trotzdem ist eine Menge gesagt worden, von dem ich sagen kann, dass es für uns auch so gelten würde, ob es jetzt von Frau Hahn kam oder von Frau Mahn. Was Sie über die AfD gesagt haben, ist teilweise auch unsere Auffassung. Was Frau Busch darüber gesagt hat, was von diesem Antrag zu halten ist, wenn er sich damit befasst, wem man Guten Tag sagt - und das ist es, worum es da wörtlich in dem Text geht -, teilen wir. Das ist auch nach unserer Auffassung nichts, was uns hier weiterbringt. Am Ende geht es einfach um sozial adäquates Verhalten. Manche würden es vielleicht auch Benehmen oder Manieren nennen, dass man Guten Tag sagt, wenn man den Raum betritt. Mit wem man allerdings als Stadtverordneter